

Clemens Vollnhals (Hg.)

Jahre des Umbruchs

Friedliche Revolution in der DDR
und Transition in Ostmitteleuropa



Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden

≡book

Vandenhoeck & Ruprecht



Schriften des Hannah-Arendt-Instituts
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Günther Heydemann

Band 43

Vandenhoeck & Ruprecht

Jahre des Umbruchs

Friedliche Revolution in der DDR
und Transition in Ostmitteleuropa

Herausgegeben von Clemens Vollnhals

Vandenhoeck & Ruprecht

Mit 7 Abbildungen, 1 Schaubild und 7 Tabellen

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-36919-7

Umschlagabbildung

Foto: Thomas Raupach, Hamburg

© 2011, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen /
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Oakville, CT, U.S.A.
www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.
Printed in Germany.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Druck und Bindung: ☺ Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einleitung <i>Clemens Vollnhals</i>	9
Die Revolution in der DDR: Der Ruf nach Freiheit und die Einheit <i>Richard Schröder</i>	19
I. Die realsozialistischen Autokratien am Ende ihrer Herrschaft	33
Von der Perestroika zur Implosion. Die Rolle der sowjetischen Transformation für den Umbruch in Ostmitteleuropa <i>Helmut Altrichter</i>	35
Polen: Erfolge und Misserfolge der ersten osteuropäischen Transformation 1989 <i>Tytus Jaskułowski</i>	47
Ungarns Weg von der fröhlichsten Baracke des Ostblocks zur neuen Wohnanlage der EU (1956 - 1989 - 2006) <i>Máté Szabó</i>	63
Die Transformation in der Tschechoslowakei. Anmerkungen zum Typus des nicht-demokratischen Regimes <i>Jan Holzer</i>	93
Die DDR-Diktatur am Vorabend ihres Untergangs <i>Walter Süß</i>	103
Die Friedliche Revolution: Strukturelle und ereignisgeschichtliche Bedingungen des Umbruchs 1989 in der DDR <i>Detlef Pollack</i>	119
Strukturwandel realsozialistischer Autokratien – Vom Totalitarismus zur Transition <i>Uwe Backes</i>	141

	Bemerkungen zum Kommunismus, Totalitarismus und Postkommunismus in der bundesdeutschen Politikwissenschaft <i>Jerzy Maćków</i>	159
II.	Die Spezifik des Systemwechsels: Zur Rolle von Massen und Eliten	171
	Polens Weg zum Wechsel 1980–1989: Der Wandel des Verhältnisses zwischen Elite und Massen <i>Dieter Bingen</i>	173
	Eliten und Massen im Transitionsprozess in der ČSSR <i>Stanislav Balík</i>	189
	Die spontane Macht der Gewaltlosen. Eine übersehene Erklärung für den Untergang der DDR. <i>Matthias Damm/Mark R. Thompson</i>	203
	Hauptakteure und wechselnde Akteurskonstellationen während der Friedlichen Revolution in der DDR. Ein Vier-Phasen-Modell <i>Michael Richter</i>	219
	„1989“: Revolutionen oder koordinierte Transformationen? Verfassungsgebung und die Rolle von Massen und Eliten in den mittel- und osteuropäischen Systemwechseln <i>Friedbert W. Rüb</i>	243
III.	Die Etablierung der Demokratie	265
	Die scheinbar vorbildliche Etablierung der Demokratie in Polen <i>Klaus Ziemer</i>	267
	Die wichtigsten Spezifika des politischen und rechtlichen Institutionensystems in Ungarn <i>Sándor Pesti</i>	289
	Tschechien: Politischer Konsolidierungsprozess 1989–2009. Verlauf, Stand, Perspektiven <i>Karel Vodička</i>	299

	<i>Inhalt</i>	7
	„Let's go west“ – Selbstbestimmte Prozesse der Demokratisierung und der Wiedervereinigung <i>Ehrhart Neubert</i>	315
	Die Runden Tische der Bezirke in der DDR 1989/90 – Instrumente der Demokratisierung in den Regionen? <i>Francesca Weil</i>	327
	Die demokratische Konsolidierung der neuen Bundesländer <i>Eckhard Jesse</i>	345
	Die kulturelle Prägung macht den Unterschied! Zur Regimeentwicklung postkommunistischer Staaten <i>Steffen Kailitz</i>	361
IV.	Anhang	393
	Abkürzungsverzeichnis	395
	Personenverzeichnis	399
	Biogramme der Autoren	403

Einleitung

Als Michail S. Gorbatschow Mitte der 1980er Jahre seine Reformpolitik zur Modernisierung und Stärkung der Sowjetunion im Systemwettbewerb einleitete, ahnte er nicht, welche Eigendynamik „Glasnost“ und „Perestroika“ freisetzen sollten. Die Veränderungen in der Sowjetunion hatten gravierende Auswirkungen auf die kommunistischen Satellitenstaaten im scheinbar so festgefügteten Ostblock. Auf die neuen Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume reagierten die kommunistischen Führungsspitzen in jedem Land Ostmitteleuropas jedoch sehr unterschiedlich. Das gilt für die Bevölkerung wie für oppositionelle Gruppen. Hatte das einheitliche kommunistische System nationale Unterschiede teilweise nivelliert, so zeigten schon die unterschiedlichen Formen seiner Überwindung und Abschaffung in den einzelnen Staaten eine neue Vielfalt. Zugleich aber gab es Interdependenzen, die es geboten erscheinen lassen, die Entwicklungen in den einzelnen realsozialistischen Staaten nicht isoliert zu betrachten. Für die DDR etwa ist die Bedeutung der Transitionsprozesse in Polen oder Ungarn ebenso evident, wie die ostdeutschen Ereignisse im Herbst 1989 ihrerseits Auswirkungen auf die ČSSR hatten.

Hat eine vergleichende Perspektive für die ostmittel- und südosteuropäischen Staaten in der Politikwissenschaft längst Raum gegriffen, so wird die DDR wegen ihres Sondercharakters im geteilten Deutschland bisher kaum in Vergleiche einbezogen. Daher ist bislang eher unzureichend untersucht worden, welche Gemeinsamkeiten es in den nationalen Entwicklungen gibt und in welchem Verhältnis diese zu augenfälligen Unterschieden stehen. Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden hat in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung im Mai 2009 mit einer internationalen Tagung den Versuch unternommen, im Gesamtkontext der Systemtransformation im sowjetischen Hegemoniebereich Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Entwicklungen in der DDR und in den Nachbarstaaten Polen, ČSSR und Ungarn herauszuarbeiten. Dafür wurden Experten aus den untersuchten Ländern gewonnen. Entstanden ist ein Band, indem sowohl die Entwicklungen in den einzelnen Staaten behandelt als auch in einer vergleichenden Perspektive beleuchtet werden.

Wie der Titel bereits andeutet, liegt der Fokus der Untersuchung auf der Transition in der DDR, also auf den politischen Veränderungen während der Friedlichen Revolution. Daneben werden vergleichend die oben genannten „Bruderstaaten“ in den Blick genommen. In drei Hauptkapiteln geht es um den Zustand der realsozialistischen Autokratien am Ende ihrer Herrschaft, die Spezifik des

Systemwechsels in den einzelnen Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Rolle von Massen und Eliten, sowie schließlich um die Phase der Etablierung der Demokratie. Es liegt auf der Hand, dass in den Beiträgen wie auch im gesamten Band keine abschließenden Antworten gegeben werden können; wohl aber soll eine Diskussion angestoßen oder verstärkt werden, die gerade in ihrer vergleichenden Perspektive für die zeitgeschichtliche Forschung einen weiterführenden Erkenntnisgewinn verspricht.

Das breite Spektrum der angeschnittenen Themen und der systematischen Zugriffe von Historikern und Politikwissenschaftlern verdeutlicht eindringlich die Forschungsrelevanz des untersuchten Themenfeldes. In der Tat bedarf die fundierte Untersuchung der einzelnen nationalstaatlichen Entwicklungen eines breiteren Interpretationsrahmens, wobei die vergleichende Perspektive auf den gesamten ostmitteleuropäischen Raum besonders fruchtbar ist und zu neuen Erkenntnissen führt. Hierzu einen Impuls zu geben, ist das Anliegen von Autoren wie Herausgebern.

In einem einleitenden Essay verweist *Richard Schröder*, 1990 als Mitglied der ersten freigewählten Volkskammer und Fraktionsvorsitzender der SPD selbst ein politischer Akteur, auf jenen Faktor, der die Herbstrevolution in der DDR grundlegend von der Situation in den anderen Staaten Ostmitteleuropas unterschied: Sie fand in einem geteilten Land statt; Staat und Nation waren nicht deckungsgleich. Diese Sondersituation eröffnete eine fundamentale politische Alternative: den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Schröder skizziert die historischen Ereignisse der Jahre 1989/90 und wirft einen Blick auf die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit. Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte war demnach der Prozess, der aus der Friedlichen Revolution in die deutsche Einheit mündete, im Wesentlichen eine Angelegenheit beider deutscher Staaten, auch wenn es die alliierten Vorbehaltsrechte zu beachten galt. Ein besonderes Augenmerk gilt – neben dem finanziellen Bankrott der DDR – der Rolle der evangelischen Kirche, die zwar nur Reformen und keine Revolution anstrebte, aber dennoch erheblichen Anteil an der Entwicklung hatte.

Im ersten Hauptabschnitt geht es um den inneren Zustand der realsozialistischen Autokratien am Ende ihrer Herrschaft. Zunächst gibt *Helmut Altrichter* einen Überblick über die Entwicklung der Sowjetunion von der Perestroika bis zum Zusammenbruch der UdSSR und erklärt, warum die sowjetische Führung um Gorbatschow weder in der Lage noch daran interessiert war, sich 1988/89 in die innenpolitischen Verhältnisse der verbündeten Ostblockstaaten einzumischen. So befand sich nicht nur die sowjetische Wirtschaft in einer tiefen Krise, im Kreml tobten Machtkämpfe und an den Rändern des Riesenreiches gab es nationale Aufstände gegen die sowjet-russische Fremdherrschaft. In dieser Situation besaß die Fortsetzung der internationalen Entspannungs- und Abrüstungspolitik oberste Priorität, denn ohne eine Senkung der gewaltigen Rüstungskosten war an eine ökonomische Erholung und innenpolitische Stabilisierung nicht zu denken.

In Polen, so *Tytus Jaskutowski*, gibt es bis heute zwischen den politischen Lagern eine heftige Auseinandersetzung über die damalige Bereitschaft der Opposition zu den Gesprächen am Runden Tisch und den zahlreichen Kompromissen im Transformationsprozess. Die Rede ist von einer „ausgehandelten“ oder gar „reglementierten“ Revolution, die von den Machthabern gesteuert worden sei. Gleichwohl war die herrschende Polnische Vereinigte Arbeiterpartei in der letzten Periode der kommunistischen Herrschaft nicht mit ihren Schwesterparteien in der DDR oder der ČSSR zu vergleichen. So unterstützte gut ein Drittel der Parteimitglieder die unabhängige Gewerkschaft *Solidarność*; ein ebenfalls erheblicher Teil bekannte sich zum Katholizismus. Das Profil der Antisystem-Opposition, die keinesfalls durchweg eine Demokratisierung des Landes anstrebte, war ebenfalls unscharf konturiert, während sich die Bevölkerung, konfrontiert mit wirtschaftlichen Problemen, kaum für staatliche Belange interessierte. So gingen alle Seiten mit einer gewissen Kompromissbereitschaft in die Verhandlungen am Runden Tisch, die bereits im Februar 1989 begannen. Ein wesentliches Charakteristikum der polnischen Entwicklung ist ihre Vorreiterrolle. Hier setzten die Veränderungsprozesse zu einem Zeitpunkt ein, als sie in den Nachbarstaaten noch undenkbar schienen.

In Ungarn hatte der „Gulaschkommunismus“ subkutan eine Aushöhlung des kommunistischen Herrschaftsapparates bewirkt, hier kam es frühzeitig zu Gesprächen am Runden Tisch. Innerhalb der Ungarischen Vereinigten Arbeiterpartei hatten schon bald Differenzierungsprozesse zwischen Hardlinern und Reformern eingesetzt, die Letztere für sich entscheiden konnten. Dadurch wurden Kompromisse mit den neu etablierten politischen Kräften möglich, die auf eine friedliche, mit Verfassungs- und Gesetzesänderungen verbundene Transformation des politischen Systems abzielten. Diese Etappe fand mit der Ausrufung der Republik Ungarn im Oktober 1989 und den ersten freien Wahlen im März 1990 ihren Abschluss. Unterstützt wurde dieser Trend auch durch die Tatsache, dass sich Ungarn frühzeitig für marktwirtschaftliche Strukturen öffnete und sich dem Westen zuwandte. Vor diesem Hintergrund zeichnet *Máté Szabó* ein genaueres Bild vom inneren Zustand der Opposition und der „Reformelite“ der UVAP, deren Handlungsweise zudem vom Bemühen geprägt war, es nicht zu einer gewaltsamen Entwicklung wie im Jahr 1956 kommen zu lassen.

Das Herrschaftssystem in der ČSSR war am Vorabend der „Samtenen Revolution“ einerseits von einer Rekonsolidierung des kommunistischen Regimes nach dem „Prager Frühling“ 1968 und der „Säuberung“ des Apparates von revisionistischen Kräften geprägt, andererseits von einer „stillen Übereinkunft“ mit der Gesellschaft, die Privatsphäre der Menschen weitgehend zu respektieren. Aufgrund dieser Strukturen ist es sinnvoll, das Regime eher als post-totalitär zu bezeichnen. Von den Oppositionsgruppen, so *Jan Holzer*, gewann die politisch heterogene „Charta 77“ die größte Bedeutung, wenngleich sie ein Ghettodasein führte, keine klaren politischen Alternativen anbot und keine Erschütterung des Regimes bewirkte. Unter dem Einfluss der Reformpolitik Gorbatschows kam es innerhalb der Führung der kommunistischen Partei zu einer gewissen Fraktio-

nierung, ohne dass sich jedoch ein starker Reformflügel wie in den 1960er Jahren bildete. Die desaströse Wirtschaftslage unterminierte die „stille Übereinkunft“, da selbst Grundnahrungsmittel knapp wurden. Zwar setzte nun auch die Opposition stärker auf einen Systemwechsel, ihr Einfluss blieb aber zunächst beschränkt. Als bedeutsamer erwies sich die breite Unzufriedenheit der Bevölkerung, die – insbesondere ausgelöst durch die Ereignisse in der DDR und die Fluchtwelle in die bundesdeutsche Botschaft in Prag – im November 1989 den Umbruch auslöste.

Walter Süß beschreibt die Revolution in der DDR sowohl als Resultat verschiedener Zufälle als auch längerfristig wirkender struktureller Faktoren. Die dortige Lage war am Vorabend der Revolution gekennzeichnet vom Niedergang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit angesichts der reformfeindlichen Haltung der SED-Führung, sowie der daraus resultierenden Probleme bei der Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen und in der Versorgung. Nicht zuletzt sorgte die gestiegene Anzahl von Westreisen im Zuge der innerdeutschen Entspannungspolitik für eine veränderte Wahrnehmung der desolaten Situation im eigenen Land, was sich auch an den sprunghaft vermehrten Anträgen auf Ausreise ablesen lässt. Hinzu kam die Verunsicherung der Führung durch die veränderte außen- und sicherheitspolitische Lage in Folge der sowjetischen Reformpolitik. Die Staatssicherheit war aufgrund internationaler Faktoren und der ökonomischen Abhängigkeit vom westlichen Ausland gezwungen, sich mit harten Repressionen gegenüber oppositionellen Kräften zurückzuhalten. Aufgrund der veränderten Machtverhältnisse konnte das Regime seinen Machtanspruch nur noch mit nachlassender Härte verteidigen, auch wenn es Anfang November 1989 noch einmal versuchte, mit repressiven Mitteln Herr der Lage zu werden. Schließlich führte die offen ausgebrochene, lange durch den offiziellen „Antifaschismus“ kompensierte Legitimitätskrise des Systems zum Umbruch, dem desillusionierte Anhänger des Systems nur noch wenig entgegenzusetzen hatten.

In der DDR gab es, so *Detlef Pollack*, nach dem 17. Juni 1953 kaum noch nennenswerten Widerstand gegen das Regime. Als international anerkannter Staat, eingebunden in die Blockkonfrontation und mit einem effektiven Repressionsapparat ausgestattet, wirkte das Regime stabil. Daher kam der Umbruch im Herbst 1989 für viele Beobachter überraschend. Als Erklärung werden in der Forschung verschiedene Theorien herangezogen: so der modernisierungstheoretische Ansatz, die akteursorientierte Perspektive der Transitionsforschung, Rational Choice-Modelle oder Überlegungen der Bewegungsforschung. Eine Analyse der Bedingungsfaktoren des Umbruchs muss entsprechend multidimensional angelegt sein und hat einen retrospektiven Determinismus zu vermeiden. In den Blick zu nehmen sind, so Pollack, die strukturellen Bedingungen und die Formierung des Protests zum Massenphänomen vor dem Hintergrund des Versagens des Sicherheitsapparates.

In vergleichender Perspektive bilanziert *Uwe Backes* die Befunde der Forschung zur Herrschaftsstruktur der Ostblockstaaten. Durch die Herausarbeitung der Elemente totalitär-autokratischer Kontinuitäten wie Diskontinuitäten

gelangt er zu einem differenzierten Bild der Herrschaftsrealität, die deren Spätphase kennzeichnete. Systematisch erfolgt zunächst eine Bestandsaufnahme der Strukturmerkmale der unter Stalin voll entfalteten totalitären Herrschaft. Anschließend stellt Backes dar, in welcher Weise sich die totalitären Merkmale abschwächten und welche Konsequenzen die von Land zu Land divergierende Detotalisierung für die Ausprägung des Herrschaftssystems hatte. Schließlich werden die Gründe für die Diversifizierung der realsozialistischen Autokratien untersucht sowie hemmende und begünstigende Elemente der Systemtransformation benannt.

Ebenfalls aus politikwissenschaftlicher Sicht begründet *Jerzy Maćków* theseartig, warum die autokratischen Regime vor dem Beginn der Transformationsprozesse als totalitär bezeichnet werden sollten. Er verbindet dies mit einer akzentuierten Kritik der bundesdeutschen Politikwissenschaft, die sich vor 1989 eher modernisierungs- oder sozialismustheoretischer Ansätze zur Beschreibung des sowjetischen Machtsystems bedient habe. Die frühere Charakterisierung des „real existierenden Sozialismus“ als ein autoritäres System, hindere ihre Vertreter heute daran, die jetzigen Machtverhältnisse im russischen Einflussbereich ebenfalls als „autoritär“ zu definieren.

Ein zweiter Hauptabschnitt befasst sich mit der Spezifik des Systemwechsels und der Rolle von Massen und Eliten. *Dieter Bingen* verweist darauf, dass in der Forschung vor allem die Rolle der Eliten bei Transformationsprozessen betont wird, während die Rolle der Massen am stärksten in der Frühphase von Systemwechseln ausgeprägt sei. Polen ist ein herausragendes Beispiel, was Umfang, Dauer und Durchsetzungsfähigkeit der Massenselbstmobilisierung betrifft. Vor dem Hintergrund einer ersten Liberalisierungsphase Anfang der 1980er Jahre, verbunden mit marktwirtschaftlichen Reformen, einigten sich 1988/89 Regimeeliten und Regimeopposition auf die Aushandlung einer kontrollierten qualitativen Veränderung. Grundlage war die Einsicht, dass keine Seite Möglichkeiten sah, ihre Interessen gewaltsam gegen die der anderen Seite durchzusetzen. Die Folge war ein ausgehandelter Systemwechsel *par excellence*. Dabei kennzeichnete es die Situation, dass Massen und Eliten aufeinander angewiesen waren. Für die wechselseitige Verbindung stehen das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) und die oppositionelle Gewerkschaft *Solidarność*. Die Entwicklung in Polen war geprägt durch eine überdurchschnittlich lange Phase der Massenmobilisierung, die maßgeblich zur Verhandlungsbereitschaft der Herrschenden beitrug. Nicht zu vernachlässigen ist in diesem Prozess auch die Rolle der katholischen Kirche als drittem Faktor zwischen Macht und Gegenmacht.

Unter dem Einfluss der Entwicklung in den Nachbarstaaten setzte in der ČSSR als letztem ostmitteleuropäischen Land ein Transitionsprozess ein, den *Stanislav Balík* als die Entwicklung von einem post-totalitären zu einem demokratischen System beschreibt. Sowohl Massen als auch Eliten spielten eine wichtige Rolle. Eine Elitendifferenzierung innerhalb der kommunistischen Partei gab es hier nur ansatzweise in der obersten Parteiebene. Auslöser des Umbruchprozesses waren Studentenproteste im November 1989, die gewaltsam beendet

wurden. Als Reaktion darauf entstand das „Bürgerforum“, das einen Dialog forderte. Die handlungsunfähige Parteiführung regierte mit einem harten, gewaltorientierten Kurs, erodierte zugleich aber weiter. In dieser Situation kam es zu einer Emanzipierung der staatlichen Institutionen von den Parteistrukturen und zur Organisation eines Generalstreiks durch das Bürgerforum. Unter dem Druck der Straße wurde die führende Rolle der Partei aus der Verfassung gestrichen. Die Umwandlung erfolgte nun durch eine zunehmende Beteiligung der Opposition an der Regierung und durch Einrichtung eines Runden Tisches. Mit der Wahl von Václav Havel zum Staatspräsidenten endete die erste Phase des Übergangs zur Demokratie.

Mark R. Thompson und *Matthias Damm* betonen die ihrer Meinung nach bislang unterschätzte Rolle der Gewaltlosigkeit und den spontanen, ungeplanten Charakter der Ereignisse in der DDR. Die Gewaltlosigkeit sei eine zwingende Notwendigkeit für das Gelingen der Revolution gewesen. In einer Gesellschaft wie der DDR, in der die Bildung einer organisierten Opposition kaum möglich war, bedarf die plötzliche Herausbildung einer Massenbewegung einer besonderen Erklärung. Verstehen lasse sich der Erfolg der Revolution vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Herbst 1989 aus dem Zusammenspiel der Exit-Bewegung (Fluchtwelle) und der Voice-Strömung („Wir bleiben hier“), dem Unvermögen des Regimes, die Situation wegen der Spontanität der Ereignisse kontrollieren zu können, sowie durch die proklamierte und praktizierte Gewaltlosigkeit, die eine gewaltsame Zerschlagung der Demonstrationen durch das geschwächte Regime verhindert hat.

Während vier verschiedener Phasen wechselten in der DDR, so *Michael Richter*, Rolle und Bedeutung verschiedener Hauptakteure sowie die Akteurskonstellationen. Vor der Revolution spielten internationale Akteure und die Bundesregierung eine wichtige Rolle. Bedeutsam waren auch die reformfeindliche Haltung des SED-Regimes, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung, die Herausbildung einer Oppositionsbewegung und eine veränderte Haltung in den Kirchen. Im Herbst 1989 wurde das Volk zum dominanten Akteur des Geschehens, bevor es ab Winter 1989/90 zu einem Zweckbündnis von DDR-Bevölkerung und Bundesregierung kam. Nach der Verhinderung des Versuchs der SED, Macht und Einfluss zu retten, spielten Demonstranten ab Februar 1990 keine wesentliche Rolle mehr. Die weitere Entwicklung zur deutschen Einheit war geprägt von Interaktionen verschiedener Gruppierungen nationaler wie internationaler Funktionsebenen. Ursachen der mehrfach wechselnden Akteurskonstellationen waren Kontinuitäten bzw. Diskontinuitäten im Verhalten der Hauptakteure.

Für *Friedbert W. Rüb* handelt es sich bei den Umbrüchen in den Staaten des „real existierenden Sozialismus“ nicht um Revolutionen. Denn im Unterschied zu früheren Revolutionen wollten die siegreichen oppositionellen Kräfte der Gesellschaft kein neues, revolutionäres Programm oktroyieren. Stattdessen boten sie allein demokratische Verfahren mit offenem Ausgang zur Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Ordnung an. Zwar vollzogen alle Staaten

einen vollständigen Systemwechsel, doch dieser wurde nicht in einem revolutionären Verlauf erreicht, sondern war vielmehr das Ergebnis der Entscheidungen frei gewählter Parlamente und Regierungen. Während der Transitionsphase gab es keine Versuche, aus eigener Macht eine neue Verfassung zu installieren, vielmehr herrschte das dominierende Bestreben vor, den Boden des Verfassungsrechts nie zu verlassen. Es handelte sich somit um Grenzfälle der Verfassungstheorie und -praxis, die weder mit dem Begriff der „Reform“ noch der „Revolution“ angemessen zu bezeichnen sind. Rüb empfiehlt, von „koordinierten Transformationen“ zu sprechen, mit denen ein grundlegend neues Phänomen des Systemwechsels in die Geschichte eingeführt wurde.

Im dritten Hauptabschnitt geht es um die Etablierung der Demokratie in den hier untersuchten Staaten Ostmitteleuropas. In Polen, das bei der Überwindung der staatssozialistischen Systeme nach sowjetischem Vorbild eine große, wenn nicht gar die führende Rolle spielte, weist die Demokratieentwicklung, so *Klaus Ziemer*, eine insgesamt positive Bilanz auf. Es kam zu einem „institutionellen Lernen“ der Institutionen, und die Verfassung bewährte sich. Verbesserungen gab es hinsichtlich der personellen Stabilität des politischen Führungspersonals. Die Wirtschaftspolitik blieb bei einem hohen Wachstum berechenbar. Zwar wies das politische System Defizite auf, die ab 1989 etablierte Ordnung stieß jedoch in der Gesellschaft auf eine breite, wenngleich diffuse Zustimmung. Grundlage dafür waren ein bescheidener, aber ständig wachsender Wohlstand, freies Reisen und eine Stabilität der demokratischen Grundordnung. Durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO gewann Polen eine international geachtete Position, die ebenfalls dazu beitrug, dass die demokratische Ordnung stabil genannt werden kann.

Grundlegende Elemente des in Ungarn während des Systemwechsels entstandenen politischen und rechtlichen Institutionensystems sind, wie *Sándor Pesti* in seinem Beitrag ausführt, bis heute unverändert geblieben. Das Land ist eine parlamentarische Republik mit einer unitaristischen Struktur, einer Tendenz zur Konsensdemokratie und einer hervorgehobenen Rolle des Ministerpräsidenten. Das Parteiensystem ist durch eine starke Polarisierung zwischen kommunistischen und antikommunistischen Kräften gekennzeichnet, wobei sich die Tendenz zu einem Zweiparteiensystem abzeichnet. Setzte die Bevölkerung zunächst große Hoffnungen in die Handlungsfähigkeit der Parteien, so ließ die negative Wirtschaftsentwicklung Skepsis wachsen und trug zur Herausbildung rechts-extremer Tendenzen in der Gesellschaft bei. Das Parteiensystem ist weiterhin stark in Bewegung und lässt weitere Veränderungen vermuten.

Im tschechischen Teil der ČSSR, so *Karel Vodička*, setzte die Konsolidierung bereits unmittelbar nach der „Samtenen Revolution“ 1989 ein. Zwar bedeutete die Teilung und Auflösung der Föderation mit der Slowakei eine politische Zäsur, nicht jedoch im Bereich der politischen Kultur und der intermediären Ebene. Die Konsolidierung des politischen Systems ist insbesondere auf der konstitutionellen bzw. institutionellen Ebene weit fortgeschritten, das intermediäre System weitgehend konsolidiert. Probleme gibt es dagegen beim Mentalitäts-

wechsel der formellen und informellen Akteure. Stabilisierend wirkt sich auch hier die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der NATO aus. Allerdings könne der Konsolidierungsprozess auf einem niedrigen Niveau zum Stillstand kommen. Anlass zu Sorgen geben die schwache politische Partizipation, das geringe Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen, der Zustand von Verwaltung und Justiz und nicht zuletzt eine verbreitete Korruption.

Anders als bisweilen behauptet, vollzogen sich, wie *Ehrhart Neubert* darlegt, Demokratisierung und Wiedervereinigung in der DDR als Prozesse der Selbstbestimmung der Ostdeutschen. Die Revolution war in allen Aspekten ein Prozess der Selbstermächtigung. Bestes Beispiel dafür sind die Gewaltlosigkeit, die von der Bevölkerung selbst ausging, und die explosionsartige Entfaltung zivilgesellschaftlicher Formen. Es entstanden die unterschiedlichsten Gremien gesellschaftlicher Selbstverantwortung wie Runde Tische und Bürgerkomitees. Unterstützt wurde dieser Prozess von Vertretern der Kirchen. Aus der Selbstbestimmung resultierte die Etablierung des Rechts, die der Entwicklung einen legalistischen Charakter gab und die Entwicklung hin zur deutschen Einheit begleitete. Generelles Ziel der Selbstermächtigung aber war die umfassende Demokratisierung. Es ist Ausdruck der heutigen Demokratie, dass gefragt wird, was aus dieser Selbstbestimmung geworden ist.

Mit der Rolle der Runden Tische, die sich Ende 1989 auf allen Ebenen bildeten, befasst sich *Francesca Weil* am Beispiel der Runden Tische in den thüringischen Bezirken Erfurt, Gera und Suhl. Dabei handelte es sich nicht um dauerhafte, demokratisch legitimierte Einrichtungen, sondern um Instrumente der Systemtransformation und der Beherrschung der damaligen gesamtgesellschaftlichen Krisensituation. Mit ihrem konkordanzdemokratischen Charakter und durch die Einbeziehung von Vertretern des untergehenden Regimes halfen sie, eine gewaltfreie Institutionalisierung der Demokratie zu gewährleisten. Wie Weil anschaulich darlegt, wiesen die Runden Tische auf Bezirksebene eine große Bandbreite hinsichtlich ihrer Ziele, Ansprüche und Herangehensweisen auf.

Eckhard Jesse untersucht die demokratische Konsolidierung in den neuen Bundesländern und verbindet dies mit einer Beschreibung der überwundenen SED-Diktatur und der Transformationsphase. Er folgt dabei der Einteilung in die konstitutionelle, die repräsentative und die Verhaltenskonsolidierung sowie die Konsolidierung der Bürgergesellschaft. Die konstitutionelle Konsolidierung, also insbesondere die Frage der Verfassungsgebung, löste sich für die DDR durch den Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes. Im Bereich der Parteien kam es vor allem durch die SED-Nachfolgeparteien zu Veränderungen. Die größten Probleme gibt es im obrigkeitsstaatlich geprägten Ostdeutschland nach wie vor im Bereich der Schaffung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Mentalitäten. Generell aber hat der schnelle Beitritt zur Bundesrepublik eine rasche Konsolidierung in verschiedenen Bereichen gefördert.

Aus einer systematischen Perspektive auf alle dreißig postkommunistischen Staaten, so *Steffen Kailitz*, werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Konsolidierungsprozess besonders deutlich. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch und

Zerfall des sowjetischen Herrschaftsimperiums stellt sich die Frage, weshalb es in einigen Staaten liberale Demokratien gibt, in anderen hingegen autokratische Regime an der Macht sind. Gründe für die unterschiedlichen Entwicklungen sind in historisch unterschiedlichen kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Traditionen zu finden. Sie haben Einfluss auf den Modernisierungsstand, von dem wiederum die Erfolgsaussichten für die Etablierung und Stabilisierung einer Demokratie abhängen. Bereits der Transitionsmodus ist vor dem Hintergrund des abgelösten autokratischen Regimes bedeutsam für die Entwicklungschancen der Demokratie. So ist zwischen ausgehandelten Systemwechseln, Regimezusammenbrüchen, von alten Eliten kontrollierten sowie von außen eingeleiteten Systemwechseln zu unterscheiden.

Last but not least möchten wir uns sehr herzlich bei Erich Iltgen bedanken, der als Präsident des Sächsischen Landtages die Tagung im Plenarsaal mit einem Grußwort eröffnet hat. Unser Dank gilt ebenso der Sächsischen Staatsregierung für den abendlichen Empfang und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für einen Zuschuss zur Organisation der Tagung. Mit der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung verbindet uns eine langjährige und bewährte Zusammenarbeit. Danken möchten wir ferner Elisabeth Schöpfung, Norbert Herms und Michael Thoß, die bei der redaktionellen Bearbeitung der Manuskripte mitgeholfen haben, sowie Christine Lehmann und Walter Heidenreich für die Erstellung der Druckvorlagen.

Clemens Vollnhals

Die Revolution in der DDR: Der Ruf nach Freiheit und die Einheit

Richard Schröder

Was die Herbstrevolution in der DDR von denen der anderen ehemals sozialistischen Ländern unterscheidet, ist zuerst und vor allem anderen die Tatsache, dass sie in einem geteilten Land stattfand, dass es zwei deutsche Staaten gab und dass die „deutsche Frage“ seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch völkerrechtlich noch nicht geklärt war. Deshalb verband sich die Forderung der ostdeutschen Demonstranten nach Freiheit und Demokratie nach dem unbeabsichtigten Fall der Mauer sehr schnell mit der Forderung nach der deutschen Einheit. Man könnte auch sagen: der Ruf nach Freiheit wurde präzisiert zum Ruf nach Freiheit durch Einheit oder nach Einheit in Freiheit.

Ein zweites Charakteristikum der Herbstrevolution in der DDR ist die Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR, die sie vor und während dieser Revolution gespielt hat.

I.

Am 9. Oktober 1989 fand die bis dahin größte Leipziger Montagsdemonstration mit 70 000 Teilnehmern statt. Es war die erste nach dem 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober. Ihre gewaltsame Niederschlagung war vorbereitet. Aber es kamen mehr Menschen als erwartet und die Sicherheitskräfte zogen sich schließlich „mit Eigensicherung“, wie es hieß, zurück. Das war das Ereignis, das Honeckers Rücktritt auslöste, übrigens betrieben von Egon Krenz, Günter Schabowski und Erich Mielke, dem Minister für Staatssicherheit. Bei der nächsten Sitzung des Zentralkomitees kam es zu jener Informationsverwirrung um ein neues Reisegesetz durch Günter Schabowski, die unbeabsichtigt die Maueröffnung auslöste. Ein Jahr später, am 3. Oktober 1990, war Deutschland vereint.

Das Merkwürdige daran ist: Bei der Montagsdemonstration vom 9. Oktober 1989 hat niemand die deutsche Einheit gefordert. Auch in den Aufrufen und Erklärungen der oppositionellen Bewegungen, die von September an in die Öffentlichkeit traten – unter anderem Neues Forum, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch und die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) –,

spielte bis zum 9. Oktober die deutsche Einheit überhaupt keine programmatische Rolle. Der Ruf nach der deutschen Einheit kam weder aus der Bundesrepublik noch von den oppositionellen Gruppen, er kam von Demonstranten, zuerst, noch vor dem Fall der Mauer, in der vogtländischen Kleinstadt Plauen, am 20. November dann, wirksam öffentlich wahrgenommen, auf der Leipziger Montagsdemonstration, und zwar mit den Worten „Deutschland einig Vaterland“. Das war, sehr listig, eine Zeile aus der Nationalhymne der DDR von Johannes R. Becher, der diese seinerzeit als (gesamt-)deutsche Hymne konzipiert hatte. Seit den 70er Jahren wurde sie deshalb nur noch als Instrumentalstück dargeboten, der Text wurde weder gesungen noch gedruckt – ein unbeabsichtigter Beleg dafür, dass die deutsche Frage, entgegen den stereotypen Beteuerungen der SED seit Honeckers Machtantritt, ungelöst war. Die Forderung nach der deutschen Einheit galt in der DDR als konterrevolutionär. Die Demonstranten wussten das natürlich und gingen durchaus geschickt vor: man wird doch noch die Nationalhymne der DDR zitieren dürfen. Das Neue Forum und der westliche ARD-Korrespondent, der nach dem Mauerfall von der Montagsdemonstration live berichtete, gingen auf Distanz. Sie empfanden das als Misston. Um das zu verstehen, müssen wir uns mit dem Status der deutschen Frage im geteilten Deutschland etwas genauer befassen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik und die erste DDR-Verfassung von 1949 erklärten übereinstimmend: Es gibt nur eine deutsche Staatsbürgerschaft. Denn beide Verfassungen beanspruchten, einmal die Verfassung eines vereinigten Deutschlands werden zu können. Da stießen zwei Alleinvertretungsansprüche für das „wahre“ Deutschland aufeinander. Diese Ansprüche wurden nach dem Bau der Mauer am 13. August 1961 teils relativiert, teils aufgegeben. In der Bundesrepublik plädierten Willy Brandt und Egon Bahr für eine neue deutsche Ostpolitik, die die Konfrontation der Blöcke an der innerdeutschen Grenze und die latente (Atom-)Kriegsgefahr nach und nach mildern sollte. „Wandel durch Annäherung“ war die Formel. Die Anerkennung der faktischen Zweistaatlichkeit und die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft gehörten in diesen Kontext. Die Lösung der deutschen Frage wurde in ferner Zukunft in einem vereinigten Europa erwartet. Bis dahin sollten vertragliche Regelungen die Härten der Teilung mildern und eine friedliche Koexistenz ermöglichen. Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil über die Ostverträge unterstrichen, dass das Vereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesregierung weiterhin verbindlich blieb. Die öffentliche Meinung der Bundesrepublik ging aber zunehmend in die andere Richtung. So hatte Günter Grass auch noch nach dem Mauerfall immer wieder erklärt, durch Auschwitz hätten die Deutschen das Recht verspielt, in einem gemeinsamen Staat zu leben. Anfang 1990 war eine knappe Mehrheit der Westdeutschen gegen die Wiedervereinigung. Mitte 1990 gab es größere Demonstrationen in Westberlin und Frankfurt am Main mit den Losungen „Nie wieder Deutschland“ und „Deutschland muss sterben, damit wir leben“. Das waren zwar keine Mehrheitsmeinungen, aber auch nicht Anlässe für empörte westliche Gegendemonstrationen.

Noch nach der Vereinigung gab es immer wieder Veranstaltungen mit dem Titel: „Denk ich an Deutschland in der Nacht ...“, ein Zitat aus einem Gedicht von Heinrich Heine, dessen Fortsetzung jeder kannte: „dann bin ich um den Schlaf gebracht“. Es war aber gar nicht Deutschland, sondern seine alte Mutter, die ihn im französischen Exil um den Schlaf brachte: „Das Vaterland wird nie verderben, jedoch die alte Frau kann sterben.“

Diesen öffentlichen Stimmen vor allem im Westen standen aber diejenigen im Osten gegenüber, die entweder regelmäßige Kontakte zu ihren Verwandten im anderen Teil gepflegt (SED-Genossen wurden gedrängt, sie abzubrechen) oder selbst einmal, oft vor dem Mauerbau, die DDR verlassen hatten. Deren Zahl ging in die Millionen und wuchs an, als die Ausreisen (meist unter schikanösen Bedingungen) und die Häftlingsfreikäufe im Zuge der Ostpolitik zunahmen. Jeder, der die DDR verließ, konfrontierte die Zurückbleibenden mit dieser Möglichkeit. Und all diese waren natürlich nicht bereit, sich mit der Mauer abzufinden.

In der DDR wurde nach Honeckers Machtantritt die Theorie von den zwei Nationen auf deutschem Boden erfunden, der kapitalistischen und sozialistischen. Obwohl das semantisch nicht nachvollziehbar war: „Auf deutschem Boden“ ging die SED daran, (fast) alle Erinnerungen an das gesamtdeutsche Zusammengehören zu tilgen. Noch unter Ulbricht war die deutsche Fahne mit dem DDR-Emblem versehen worden. Nun wurde das gemeinsame Autokennzeichen D durch DDR ersetzt und so weiter. Der Gedanke an die deutsche Einheit wurde zum verbotenen Gedanken. Genau den dachten aber diejenigen, die sich an den DDR-Verhältnissen wund rieben und Flucht- oder Ausreisegedanken hegten. Sie wollten „nach drüben“, und „drüben“ war nicht Österreich oder die Schweiz, sondern die andere Seite der innerdeutschen Grenze. Zudem versammelte sich zunehmend allabendlich die ostdeutsche Bevölkerung vor den Westprogrammen des Fernsehens – sofern ihnen das die Linientreue nicht verbot.

Während in der Bundesrepublik offiziell das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes galt, inoffiziell aber viele darin bloß einen alten Hut sahen, war es in der DDR umgekehrt. Offiziell war der Gedanke an die Einheit konterrevolutionär, tatsächlich aber höchst lebendig. Und die DDR war ein Staat ohne eigenes Nationalbewusstsein. Das hatte zur Folge, dass in der DDR das Wort „sozialistisch“ das Wort „deutsch“ übertönen musste. Ungarische Kommunisten konnten sagen: Wir sind erstens Ungarn und zweitens Kommunisten. SED-Genossen konnten das nicht. Deshalb waren unter ihnen wohl die Hundertfünfzigprozentigen häufiger anzutreffen. Und es gab in der SED keine relevante innerparteiliche Opposition, auch keine relevanten Reformkommunisten. Die Parteispitze verweigerte sich sogar ausdrücklich Gorbatschows Reformkurs, was wiederum die Spannungen, die zur Herbstrevolution führten, enorm verschärfte.

Diese unterschiedlichen Einstellungen zur deutschen Einheit wurden in einem Einigungswitz artikuliert. Der Ostdeutsche ruft: „Wir sind ein Volk!“ Der

Westdeutsche antwortet: „Wir auch.“ Was sich aus der Verbindung von Freiheit und Einheit ergab, war folgendes:

1. Völkerrechtlich war der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet; es gab keinen Friedensvertrag. Sowohl die Westmächte als auch die Sowjetunion hatten sich die Zuständigkeit für Deutschland als ganzes reserviert, wie spätestens beim Berlinabkommen 1971 deutlich geworden war.

Indem die Herbstrevolution die Forderungen nach Freiheit und Einheit verband, setzte sie ein Thema von höchster internationaler Brisanz auf die Tagesordnung. Zunächst standen auch die westlichen Regierungen – mit Ausnahme der USA – der deutschen Einheit kritisch bis ablehnend gegenüber. Der französische Präsident Mitterrand stattete der DDR noch Ende Dezember 1989 einen Staatsbesuch ab, vereinbarte ein fünfjähriges Handelsabkommen und warnte in einer Rede an der Leipziger Universität vor der Wiedervereinigung. Die „Times“ beschwor die Gefahr eines „Vierten Reiches“. Und der italienische Politiker Andreotti erklärte: Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben. Zum Jahreswechsel 1989/90 hatten sich nur zwei europäische Regierungschefs für die deutsche Einheit ausgesprochen: der spanische und der irische.

Unter diesen Voraussetzungen ist es sehr erstaunlich, dass dennoch die deutsche Einheit in nur acht Monaten durch den „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“, den so genannten Zwei-plus-Vier-Vertrag, völkerrechtlich ermöglicht wurde.

2. Der Ruf nach der deutschen Einheit hatte zur Folge, dass diejenigen oppositionellen Bürgerbewegungen, die zuerst einmal die DDR reformieren wollten und ihr eine neue, auch für den Westen vorbildliche Verfassung geben wollten (Verfassung des Runden Tisches) und deshalb eine schnelle Vereinigung ablehnten – das waren zunächst alle außer der SDP – binnen zwei Monaten ihr Ansehen als Helden des Herbstes verloren und bei den ersten freien Volkskammerwahlen als „Bündnis 90“ (Neues Forum, Demokratie jetzt, Initiative für Frieden und Menschenrechte) lediglich 2,9 Prozent der Stimmen erhielten. Im Rückblick fällt auf, dass die sympathischen Konzepte einer grundlegenden Reform der DDR vor der Vereinigung zwei Probleme vernachlässigten: die desolote wirtschaftliche und finanzielle Lage der DDR und die außenpolitischen Rahmenbedingungen. Das waren aber die Gründe, die Eile im Vereinigungsprozess empfahlen.

3. Die deutsche Einheit war naturgemäß eine Angelegenheit beider deutscher Staaten. Der Wahlkampf für die ersten freien Volkskammerwahlen war dominiert von den westdeutschen Wahlkämpfern, vor allem Helmut Kohl (CDU), Hans Dietrich Genscher (F.D.P.), Willy Brandt (SPD) und Helmut Schmidt (SPD). Sie füllten spielend große Plätze. Sie waren ja den DDR-Bürgern über das Westfernsehen wohlbekannt, besser bekannt als die Spitzenpolitiker der

DDR, die, im Kollektiv agierend, öffentlich ein persönliches Profil gar nicht erkennen ließen.

Dieser Einsatz westlicher Politiker hatte enormen Einfluss auf die Gestaltung der Parteienlandschaft in der postrevolutionären DDR. Hätten die ersten freien Wahlen zum Jahreswechsel stattgefunden, hätten wohl die Bürgerbewegungen die Mehrheit im Parlament gewonnen, wie in der ČSSR. Der Differenzierungsprozess innerhalb der Bürgerbewegungen, der z. B. in der ČSSR erst nach den ersten freien Wahlen einsetzte, war sozusagen vorgezogen. Die Wahlen unter dem Leitmotiv Einheit dagegen brachten denjenigen Parteien die meisten Stimmen, die ein Pendant im Westen hatten, nämlich:

- die „Allianz für Deutschland“, von Helmut Kohl in Westberlin zusammengeschmiedet aus der Ost-CDU, der DSU (eine unter Regie der CSU entstandene Partei) und dem Demokratischen Aufbruch (eine der Bürgerbewegungen). Sie kamen zusammen auf 48 Prozent.
- die „Liberalen“, eine Vereinigung der alten Blockpartei LDPD und der neu gegründeten F.D.P. Ost sowie der Forumspartei, die sich vom Neuen Forum abgespalten hatte (5,3 Prozent) und schließlich
- die Ost-SPD (21,28 Prozent).

Diese drei Parteigruppen bildeten eine Große Koalition mit der Absicht, der Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz beizutreten, allerdings nicht sofort, sondern über ausgehandelte Verträge. Die Opposition bestand aus SED/PDS (16,4 Prozent), Bündnis 90/Grüne und einem einzigen Abgeordneten der Vereinigten Linken. Sie haben – mit zwei Ausnahmen bei Bündnis 90/Grünen – sowohl den Beitritt als auch den Einigungsvertrag abgelehnt.

Man kann an diesem Wahlergebnis sehen, dass nun zwei ehemalige Blockparteien aus der alten Volkskammer in der Regierung saßen: die Ost-CDU, die den Ministerpräsidenten stellte, und die LDPD – ein vielfach kritizierter Sachverhalt. Sie hatten sich schon im November 1989 aus dem SED-geführten „Demokratischen Block der Nationalen Front“ gelöst und waren, zunächst widerstrebend, von der West-CDU und der West-FDP als Schwesterparteien akzeptiert worden. Sie waren übrigens 1945 tatsächlich als Schwesterparteien gegründet und erst danach, aber vor Gründung der DDR, mit sowjetischer Unterstützung von der SED unterworfen worden, wobei die Ost-CDU zweimal ihren Vorsitzenden verlor. Jakob Kaiser etwa floh und wurde später westdeutscher Bundesminister.

Bündnis 90/Grüne fanden sich also in der Opposition wieder und haben das als willkommene Kontinuität verstanden. Opposition waren sie gewöhnt. Sie haben die Ost-SPD umworben, bei der Opposition gegen Helmut Kohl mitzumachen. Aber diese hat, mit etwas verhaltener Zustimmung der West-SPD (Oskar Lafontaine war ihr designierter Kanzlerkandidat), schließlich beschlossen, der Koalition beizutreten, wobei die Zustimmung dazu in der Fraktion sehr viel stärker war als im Parteivorstand der Ost-SPD, die manchmal fast innerparteiliche Opposition gespielt hat.

4. Der Weg zur deutschen Einheit durch Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz brachte für die DDR den Vorteil, dass er sofort und einseitig vollzogen werden konnte, also durch eine Erklärung der Volkskammer, die der westlichen Zustimmung nicht bedurfte. Da die Zustimmung der Sowjetunion offenkundig an die Person Gorbatschows gebunden, dessen politische Zukunft in der instabilen Sowjetunion aber ungewiss war, wie sich nicht erst 1991 abzeichnete, war Eile geboten. Zwar wurde der Beitritt über ausgehandelte Verträge (Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 und Einigungsvertrag zum 3. Oktober 1990) herbeigeführt, im Notfall wäre aber auch jederzeit der Beitritt sofort möglich gewesen. Die schnelle Einführung der D-Mark sollte die Abwanderung stoppen, die nicht nur schwere Personaldefizite in der DDR bewirkte, sondern auch im Westen die Freude über den Mauerfall zu beeinträchtigen begann, weil die Notunterkünfte überquollen und die öffentlichen Kassen schwer belastet wurden. „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr“, hatten die Montagsdemonstranten gedroht.

Beitritt hieß zugleich, dass nun im Osten zügig die Strukturen aufgebaut wurden, die das Grundgesetz vorsah, unterstützt durch westliche Fachleute, vor allem Verwaltungsbeamte und Juristen, mit der erfreulichen Folge, dass die Zeit des „wilden Ostens“ ohne funktionierende Verwaltung und Justiz weitestgehend vermieden werden konnte, aber auch mit der misslichen Folge, dass nun ein ausgefeiltes System von Regelungen und Vorschriften über das Land hereinbrach, von denen einige anerkanntermaßen reformbedürftig, aber jedenfalls überkompliziert waren, was zur postrevolutionären Situation des Neuaufbaus oft schlecht passte. Manche westdeutschen Kenner haben später gesagt, mit so vielen Vorschriften hätte seinerzeit das westdeutsche Wirtschaftswunder nicht stattgefunden. Andererseits konnte man nicht gleichzeitig beide Landesteile reformieren oder gar den Westen durch einen Streit um Reformen, für die es dort bisher keine Mehrheit gegeben hatte, destabilisieren.

Und die andere missliche Folge: Im Osten verbreitete sich ein Gefühl der Fremdbestimmung. Die SED-PDS profitierte davon. Sie konnte ihr Ergebnis von 16,4 Prozent bei den freien Volkskammerwahlen in den ostdeutschen Landtagswahlen auch deshalb überbieten.

Manche nennen die Herbstrevolution aus diesen Gründen eine unvollendete Revolution, weil sie nicht bis zur vollständigen Neugründung eines eigenständigen Gemeinwesens geführt hat. Doch das entsprach durchaus Volkes Wille. Die Mehrheit wollte 1990 möglichst schnell leben wie in der Bundesrepublik, die sie durch das Fernsehen kannte. Sie wollte weder auf die Einheit verzichten, noch Experimente mit ungewissem Ausgang. Also kam die Freiheit als Einheit. Und das war, alles zusammengenommen, doch das Beste, was den Ostdeutschen passieren konnte.

5. Die DDR stand 1989 vor dem Staatsbankrott, d. h. der Zahlungsunfähigkeit in Devisen, wie ein für Egon Krenz am 31. Oktober 1989 erstelltes Gutachten der führenden SED-Wirtschaftsfunktionäre (sog. Schürer-Gutachten) mit Zah-

len dokumentierte. Es beschreibt außerdem ernüchternd den Zustand der Industrieanlagen und der Infrastruktur als katastrophal und über Jahrzehnte vernachlässigt, weil Honeckers Konzept der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zugunsten des Konsums und sozialer Maßnahmen die Investitionen in die Erneuerung der Infrastruktur verhindert hat. Dort liest man auch, die sozialen Maßnahmen seien nicht vollständig aus eigenen Mitteln finanziert worden. Mit anderen Worten: Westkredite sind für Konsum eingesetzt worden, wodurch sie nicht rückzahlbar wurden.

Doch die Erwartung der Bevölkerung, nach dem Beitritt werde die DDR-Wirtschaft schnell aufblühen, war eine Hoffnung, die enttäuscht werden musste. Denn es war die von allen begrüßte Maueröffnung selbst, die die DDR-Wirtschaft unter Schock stellte. Denn nun war die Option eines schrittweisen Übergangs zur Marktwirtschaft dahin, weil bei offenen Grenzen ein gesondertes Wirtschafts- und Währungsgebiet illusorisch war, denn niemand wollte an der innerdeutschen Grenze aufs neue Zollkontrollen einführen. Also konnten die DDR-Waren auch nicht übergangsweise vor der Konkurrenz der Westwaren geschützt werden. Man kann nicht die Mauer wegreißen und das Echo stehen lassen.

Als Folgen der Währungsunion und des Beitritts für die Ökonomie der DDR ergaben sich:

- Durch enorme finanzielle Transfers von West nach Ost wurde den DDR-Bürgern eine Inflation zur Tilgung der Staatsschulden erspart und den Rentnern sofort eine dem westlichen Standard angenäherte Rente ermöglicht. Auch Arbeitslose wurden nach westlichem Standard unterstützt, beides einmalig in den ehemals sozialistischen Ländern.
- Mit der Vereinigung fand de facto der Beitritt der DDR auch zur Europäischen Union statt, ohne dass die Bevölkerung das bemerkt hätte. Erspart wurden den Ostdeutschen die schmerzlichen Einschnitte, um die Beitrittsbedingungen der EU zu erfüllen. Vielmehr wurde nun Ostdeutschland zum Fördergebiet auch der EU.
- Aber unter der Wucht der plötzlich und schlagartig geltenden Weltmarktbedingungen brach die DDR-Wirtschaft zusammen. Nach einer Erhebung der Treuhandanstalt waren nur fünf Prozent der DDR-Betriebe weltmarktfähig, dreißig Prozent mussten geschlossen werden, die übrigen waren sanierungsfähig, was aber immer auch Entlassungen bedeutete, weil die Arbeitsproduktivität in der DDR auf dreißig Prozent der westdeutschen gesunken war. Die Vollbeschäftigung beruhte zu erheblichen Teilen auf verdeckter Arbeitslosigkeit, die man auf 16 Prozent berechnet hat, d. h. viele Berufstätige waren schlicht überflüssig. Das galt nicht nur für den riesigen Verwaltungs-, Partei- und Sicherheitsapparat, sondern auch für Industriebetriebe, in denen man bewusst auf Automatisierung verzichtet hatte, um Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Der Westexport der DDR musste zusammenbrechen, sobald Material und Löhne in D-Mark bezahlt werden mussten und die nied-

rige Arbeitsproduktivität nicht mehr durch den Wechselkurs 1 : 4 und höher kompensiert werden konnte.

Die plötzlich und für viele unerwartet hereinbrechende Arbeitslosigkeit wurden von vielen Betroffenen der Treuhand, also dem Westen, angelastet. Der Mord an Treuhandchef Rohwedder Ostermontag 1991 wurde aber nicht zum Fanal, sondern löste Erschrecken aus: So haben wir unsere Proteste nicht gemeint.

Man kann es eine historische Ungerechtigkeit nennen, dass so viele ehemalige DDR-Bürger den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft nicht der Wirtschaftspolitik der SED, sondern dem Westen anlasten. Oft begegnet man dabei folgendem Urteil: Dass die DDR-Wirtschaft marode war, wussten wir. Aber unser Betrieb, der hätte erhalten werden können. Auch viele Westdeutsche sind bis heute der Meinung, der Niedergang der DDR-Wirtschaft sei der Treuhandanstalt und der westdeutschen Wirtschaft anzulasten, die unliebsame Konkurrenten ausschalten wollte. Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft hat im Osten den Stolz auf die Revolution mächtig überlagert. Und in der westlichen Wahrnehmung ist der Mauerfall das einschneidende Ereignis, weil die Trabbiflut über die Grenze erlebt wurde. Dass er die unbeabsichtigte Folge einer Revolution war, einer Revolution friedlicher Demonstrationen trotz prügelnder Sicherheitskräfte, das wird vielen wohl erst jetzt, durch die Dokumentationen des zwanzigsten Jahrestages, deutlicher.

Wir klagen in Deutschland auf hohem Niveau und nicht immer wohl informiert. Zweifellos hat Ostdeutschland den höchsten Lebensstandard, den höchsten Sozialstandard und die beste Infrastruktur aller ehemals sozialistischen Länder – dank der deutschen Einheit. Doch dieser Vergleich ist in Deutschland unbeliebt. Statt dessen beschäftigen wir uns täglich mit den verbliebenen Unterschieden zwischen Ost und West, obwohl sie niedriger sind als die Unterschiede auch innerhalb der westlichen EU.

II.

Die evangelische Kirche in der DDR war innerhalb des „sozialistischen Lagers“ ein Sonderfall. Nur in der DDR waren die Kommunisten mit einer weit überwiegend protestantischen Bevölkerung konfrontiert, 1949 waren das neunzig Prozent. Die Erfahrungen der sowjetischen Kommunisten mit der Russisch-Orthodoxen Kirche passten da nicht recht. Während für den orthodoxen Gottesdienst die Liturgie das Entscheidende ist, hat der evangelische in der Predigt sein Zentrum. Neben dem Gottesdienst sind für protestantische Kirchen Gemeindekreise, Jugendarbeit, Bildungsarbeit (Schulen, Studentengemeinden, Akademien) und soziale Arbeit („Innere Mission“, Diakonie) charakteristisch, die sich zumeist „von unten“, als christliche Bürgerinitiativen sozusagen, gebildet hatten. Während die orthodoxe Kirche streng hierarchisch aufgebaut ist, hat sich im Protestantismus das synodale Prinzip der Kirchenparlamente durchge-

setzt, deren Mitglieder zur Hälfte keine Theologen, sondern „Laien“ sind. Während für jene die Klöster, aus denen die Bischöfe kommen, die geistlichen Zentren sind, werden protestantische Pfarrer an Universitäten und akademischen Hochschulen ausgebildet. Während jene die Theologie der antiken Kirche reproduzierte, hat sich die protestantische Theologie in Auseinandersetzung mit der Aufklärung und der Moderne artikuliert. Deshalb verfiel die plumpe antireligiöse Propaganda der Kommunisten, die sich nach einer Empfehlung Lenins an Argumenten der französischen Aufklärer orientierte, wenig. Diese Argumente waren in den Kirchen längst bekannt und bedacht. Während die russischen Kommunisten 1917 mit einer Kirche konfrontiert waren, die aufs engste mit dem Zaren und den vormodernen Lebensverhältnissen verbunden war, war im deutschen Protestantismus die Verbindung von Thron und Altar bereits 1919 gelöst worden. Nach 1945 wurden die Männer und Frauen der Bekennenden Kirche tonangebend mit ihren Erfahrungen aus dem (jedenfalls geistigen und geistlichen) Widerstand gegen die Nazidiktatur. Die Theologie Karl Barths und Dietrich Bonhoeffers war für die Kirchen in der DDR sehr wichtig. Während die DDR streng zentralistisch und hierarchisch aufgebaut war, ist der Protestantismus in Deutschland bis heute föderal organisiert (Landeskirchen). Und bis 1968 war diese föderale Organisation gesamtdeutsch (EKD). Weil die gesamtdeutschen Gremien nach dem Mauerbau nicht mehr gemeinsam tagen konnten, wurde 1968 der „Bund evangelischer Kirchen in der DDR“ gegründet. Ein zweiter Grund war der, dass die neue Verfassung der DDR Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche vorsah und der Staat die EKD seit dem (westlichen) Militärseelsorgevertrag nicht mehr als Verhandlungspartner akzeptierte. Trotzdem blieben intensive Kontakte zwischen östlichen und westlichen Kirchenleitungen und Gemeinden bestehen. Die finanzielle Unterstützung der ostdeutschen Kirchen erlaubte diesen, ihre Pfarrer selbst zu bezahlen (in anderen sozialistischen Ländern hat das der Staat gern übernommen, um bestimmen zu können, wer predigen darf) und eigene kirchliche Hochschulen zu unterhalten, die vom Staat nicht als solche anerkannt wurden und also auch nicht dem Hochschulministerium unterstanden, was eine eigentümliche Freiheit durch Diskriminierung ergab. Der großenteils illegale Import von Fachliteratur machte die kirchlichen Hochschulen zu den wenigen Orten freier Bildung in der DDR.

Die sowjetische Besatzungsmacht hat die Kirchen wohlwollend behandelt, da sie sie dem antifaschistischen Widerstand zurechnete. Aber 1953 eröffnete die SED eine Kampagne gegen die Kirchen, die sich besonders gegen die Mitglieder der Jungen Gemeinde und der Studentengemeinde richtete. Etwa 3 000 Oberschüler wurden damals relegiert, etwa siebzig kirchliche Mitarbeiter inhaftiert. Diakonische Einrichtungen wurden enteignet. Aber nach Stalins Tod hat die Sowjetunion ihre Deutschlandpolitik radikal geändert und die DDR-Regierung gezwungen, ihre repressive Politik abubrechen. Weil sie bei dieser Rücknahme der Repressionen die Normerhöhung für die Arbeiter nicht zurückgenommen hatte, kam es zum Aufstand des 17. Juni. Trotzdem hat die SED erfolgreich eine Politik der Entkirchlichung betrieben, die, neben den gesamt-

europäischen Säkularisierungstendenzen, dazu führte, dass 1989 nur noch zwanzig bis dreißig Prozent der Bevölkerung Mitglied einer Kirche waren.

Die in der Sowjetunion geschulten Funktionäre der SED haben sehr lange gebraucht, um den Unterschied zwischen der russisch-orthodoxen Kirche und dem deutschen Protestantismus zu begreifen und schließlich die Versuche eingestellt, das kirchliche Leben auf „Kult“ und Diakonie zu begrenzen. Die SED blieb aber stets der Überzeugung, dass die Kirche erstens „die einzige Institution im Sozialismus [ist], die nicht dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht, aus ihr nicht erwächst und für den Sozialismus und seine Entwicklung überflüssig ist“ (so ein Funktionär in seiner Dissertation 1983), und dass die Kirche zweitens das Sammelbecken der feindlich-negativen oder gar konterrevolutionären Kräfte bzw. der Brückenkopf des Imperialismus sei. In den Stasi-Dokumenten hält sich diese Terminologie bis zuletzt durch.

Nun zum Herbst 1989.

Die evangelischen Kirchen haben weder eine Revolution angestrebt und sie schon gar nicht organisiert. Sie haben Reformen angemahnt, meist allerdings vergeblich. Trotzdem haben sie erhebliche Verdienste an der Herbstrevolution.

1. Seit den 80er Jahren bildeten sich verstärkt Gruppen unter dem Dach der Kirche, die sich mit den Themen Frieden/Abrüstung, Umwelt und Dritte Welt beschäftigten. Das waren die Themen, die auch im Westen namentlich die Grünen bewegten. Und es waren Themen, die die SED nicht als konterrevolutionär verdammen konnte, da sie diese sich selbst auf die Fahnen geschrieben hatte, freilich in anderer Intonation. Getragen wurden diese Gruppen von Jüngeren, die vom Schock des 17. Juni 1953 nicht mehr gelähmt waren. Eher unbeabsichtigt vermieden sie die damaligen Themen, auf die die SED immer hart reagiert hatte: Wiedervereinigung, freie Wahlen, Freiheit für politische Gefangene. Diese Gruppen sind nicht leicht zu charakterisieren. Jens Reich etwa unterhielt einen Zirkel von Intellektuellen mit anspruchsvollen Themen. Das war eher die Ausnahme. Gemeinsam war allen eine Sensibilität für Probleme in Nah und Fern, die die Normalbürger lieber verdrängten. Manche stilisierten sich als Aussteiger und bewusst antibürgerlich.

Das Verhältnis zu den Kirchengemeinden war nicht unproblematisch, oft sogar spannungsreich, weil die Gruppenaktivitäten die Kirchengemeinden ins Visier der Behörden und der Stasi rückten. Indem die Kirchen erklärten, sie seien Teil der kirchlichen Arbeit, konnten sie sie aber vor Zerschlagung, namenlosem Verschwinden und Ausweisung schützen (nicht aber vor Unterwanderung durch die Stasi). Denn die Bundesregierung, von deren gutem Willen die DDR zunehmend abhängig wurde, weil sie Westkredite brauchte, betrachtete das Verhältnis der SED zu den Kirchen als ein Kriterium für das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten.

2. Diese Gruppen vernetzten sich informell und überregional und begannen, Papiere zu vervielfältigen und Samisdat-Zeitschriften zu gründen, was illegal war. Als die Stasi Einzelne verhaftete, insbesondere bei der Aktion gegen die

Berliner Umweltbibliothek und gegen die ungebetenen Teilnehmer der offiziellen Liebknecht- und Luxemburg-Demonstration 1988 (mit dem Plakat: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“ – Rosa Luxemburg), konnte durch Fürbittgottesdienste und Kontakttelefonien innerkirchliche Öffentlichkeit hergestellt und das spurlose Verschwinden Verhafteter verhindert werden. Die westlichen Medien mit ihren Vertretern in der DDR machten diese Aktivitäten zudem deutschlandweit und, was noch wichtiger war, DDR-weit bekannt. Sie brachen so das Informationsmonopol der SED-Medien.

Anders als die *Solidarność* in Polen waren die Oppositionellen in der DDR, die sich selbst nie so nannten und nur im Westen Bürgerrechtler genannt wurden, nicht im Volk verwurzelt, sondern von sehr vielen eher belächelt, wenn nicht gar als Bürgerschreck und Unruhestifter abgelehnt. Ihre Einstellung war nicht repräsentativ. Aber Christen und Nichtchristen sammelten sich in dem gemeinsamen Bestreben, die Missstände in der DDR nicht wortlos hinzunehmen.

3. Von sehr großer Bedeutung waren die drei Tagungen der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ von Herbst 1988 bis Frühjahr 1989, bei denen sich erstmals Vertreter der Kirchen und der Gruppen zusammenfanden und Texte zu politischen und gesellschaftlichen, auch internationalen Problemen formulierten. Diese Textentwürfe gingen an die Gemeinden und wurden nach Rückmeldungen noch einmal überarbeitet. Der Text „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ ist wohl der ausführlichste und kritischste Text zu den DDR-Verhältnissen, der vor der Herbstrevolution formuliert wurde.

Diese Ökumenischen Versammlungen waren aber auch aus einem anderen Grunde wichtig. Die informellen Gruppen pflegten face-to-face-Kommunikation, sie waren oft wenig effektive Diskutierclubs. Für diesen Stil war die Ökumenische Versammlung schlicht zu groß. Hier musste nach einer Geschäftsordnung, mit einer Tagesordnung und Redezeitbegrenzung und mit Protokoll gearbeitet werden, für viele ein Schock, aber zugleich die erste Begegnung mit geordneter Versammlungsleitung, eine wichtige Vorübung für die Herbstrevolution. Die kirchlichen Synoden waren der einzige Ort in der DDR, an dem die parlamentarische Praxis geübt werden konnte.

4. Im Herbst 1989 entstanden aus dem Milieu dieser Gruppen die ersten Bürgerbewegungen, die nun das Dach der Kirchen verließen und in die Öffentlichkeit traten. Für die Herbstrevolution waren sie in dreierlei Hinsicht wichtig: Erstens beförderten sie die öffentliche Diskussion ungemein. Die ersten Demonstrationen gingen meist von Friedensgebeten aus, wie die Montagsdemonstrationen in Leipzig. Zweitens ist es der Besonnenheit jener Gruppen und ihren Erfahrungen im gewaltfreien Widerstand zu verdanken, dass diese friedlich blieben, obwohl die Sicherheitskräfte zunächst brutal zuschlugen. Eine Revolte hätte die SED sofort niedergeschlagen, denn darauf waren die Sicherheitskräfte trainiert. Und drittens hätte es ohne die Gruppen keinen Runden